

Mitteilung Freitag, 12. 10. 2016

Gespaltene Schweiz

Sprachengesetz Geht es um den Fremdsprachenunterricht, tut sich ein tiefer Röstigraben auf. Ganz aussen vor gelassen fühlt sich die italienische Schweiz.

Die lateinischsprachigen Kantone haben genug vom Sprachenstreit. Notfalls solle der Bund einschreiten, fordern die Kantone Waadt, Neuenburg, Genf und Jura. Die grosse Mehrheit der Deutschschweizer Kantone will davon aber nichts wissen. Entsprechend gegensätzlich sind die Antworten in der Vernehmlassung zum revidierten Sprachengesetz, die am Freitag abläuft.

Bildungsminister Alain Berset (SP) will darin festlegen, dass jedes Schulkind in der Schweiz in der Primarschule eine zweite Landessprache lernt. Hintergrund der Revision sind die Pläne des Kantons Thurgau, der den Französischunterricht auf der Pri-

marstufe abschaffen will. Viele Deutschschweizer Kantone sehen ihre kantonale Schulhoheit durch eine nationale Regelung aber gefährdet. Eine Bundesintervention sei «übereilt», «verfehlt», «unverhältnismässig» und «ein Bruch mit der föderalistischen Tradition», heisst es in den Stellungnahmen. Die Thurgauer CVP-Ständerätin Brigitte Häberli-Koller wehrt sich dagegen, dass «man immer mehr zentralisiert. Die Kompetenzen im Schulbereich gehören den Kantonen.»

Mit der Diskussion um die Fremdsprachen generell nicht einverstanden sind die italienischsprachigen Schweizer. Sie bemängeln, dass es im Sprachen-

«Die Kompetenzen im Schulbereich gehören den Kantonen.»



Brigitte Häberli-Koller
CVP-Ständerätin, Thurgau

streit allen voran um Französisch geht. Das Forum für das Italienische in der Schweiz schreibt in seiner Vernehmlassungsantwort: «Der Bundesrat vergisst die Existenz der dritten Landessprache.» Wenn die Frage nur aus der Perspektive der West- und der Deutschschweiz diskutiert werde, drohe man das Aus des Italienischunterrichts an der Volksschule zu besieeln.

Das Forum verlangt deshalb, dass das Gesetz um folgenden Satz ergänzt wird: «Die obligatorische Schule fördert den Unterricht einer dritten Sprache als Wahlfach und garantiert ein entsprechendes Angebot.» (red/sda.)
Kommentar 6. Spalte 2/3

Wirtschaft stärkt Berset den Rücken

Frühfranzösisch Wirtschaftsverbände begrüßen die Pläne des Bundes, die Kantone notfalls zum Französischunterricht auf Primarstufe zu zwingen. Von den bürgerlichen Parteien hingegen kommt Widerstand.

Dominic Wirth

Als Bundesrat Alain Berset im Juli mit dem Bildungsföderalismus eine heilige Schweizer Kuh ins Visier nahm, gab er sich dabei betont väterlich. Er wolle eigentlich im Streit um das Frühfranzösisch gar nicht eingreifen, sagte der Innenminister, als er kurz vor den Sommerferien mit seinem Vorpreschen im Sprachenstreit überraschte. Es gehe ihm darum, eine «ermutigende Botschaft» an die Kantone zu senden, ihre Vereinbarungen auch umzusetzen. Aber natürlich ging es Berset und dem Bundesrat nicht nur darum, zu ermutigen. Es ging auch darum, die Frühfranzösisch-Abweichler unter Druck zu setzen. So weit und nicht weiter: Das war die Botschaft. Vor allem war sie an den Kanton Thurgau gerichtet und seine Pläne, den Französischunterricht aus der Primarschule zu verbannen. Aber sie galt und gilt auch all jenen anderen im Land, die sich noch mit dem Gedanken tragen, den Französischunterricht weiter nach hinten zu verschieben. Oder das wie Appenzell Innerrhoden und Uri gar nie anders gehandhabt haben.

Mit seinen Interventionsplänen hat der Bundesrat Druck aufgesetzt. Jetzt, kurz vor dem Ende der Vernehmlassung, ist dieser Druck weiter gewachsen. Die entsprechende Frist läuft zwar erst am Ende dieser Woche aus, die Antworten der wichtigsten Player liegen aber bereits vor. Dass sich der Lehrerverband für eine Bundesintervention ausspricht, ist dabei genauso wenig überraschend wie der Positionsbezug der Westschweizer Kantone, die ebenfalls mehrheitlich für ein Eingreifen aus Bern sind. Dass sich daneben auch die Wirtschaft entsprechend äussert, ist da schon brisanter. Sowohl der Gewerbe- als auch der Arbeitgeberverband sind der Ansicht, dass der Bund die Gesetzeslage anpassen soll, wenn die Kantone sich nicht zusammenraufen. Beide Verbände sprechen sich dabei für den sanftesten Eingriff aus. Die entspre-

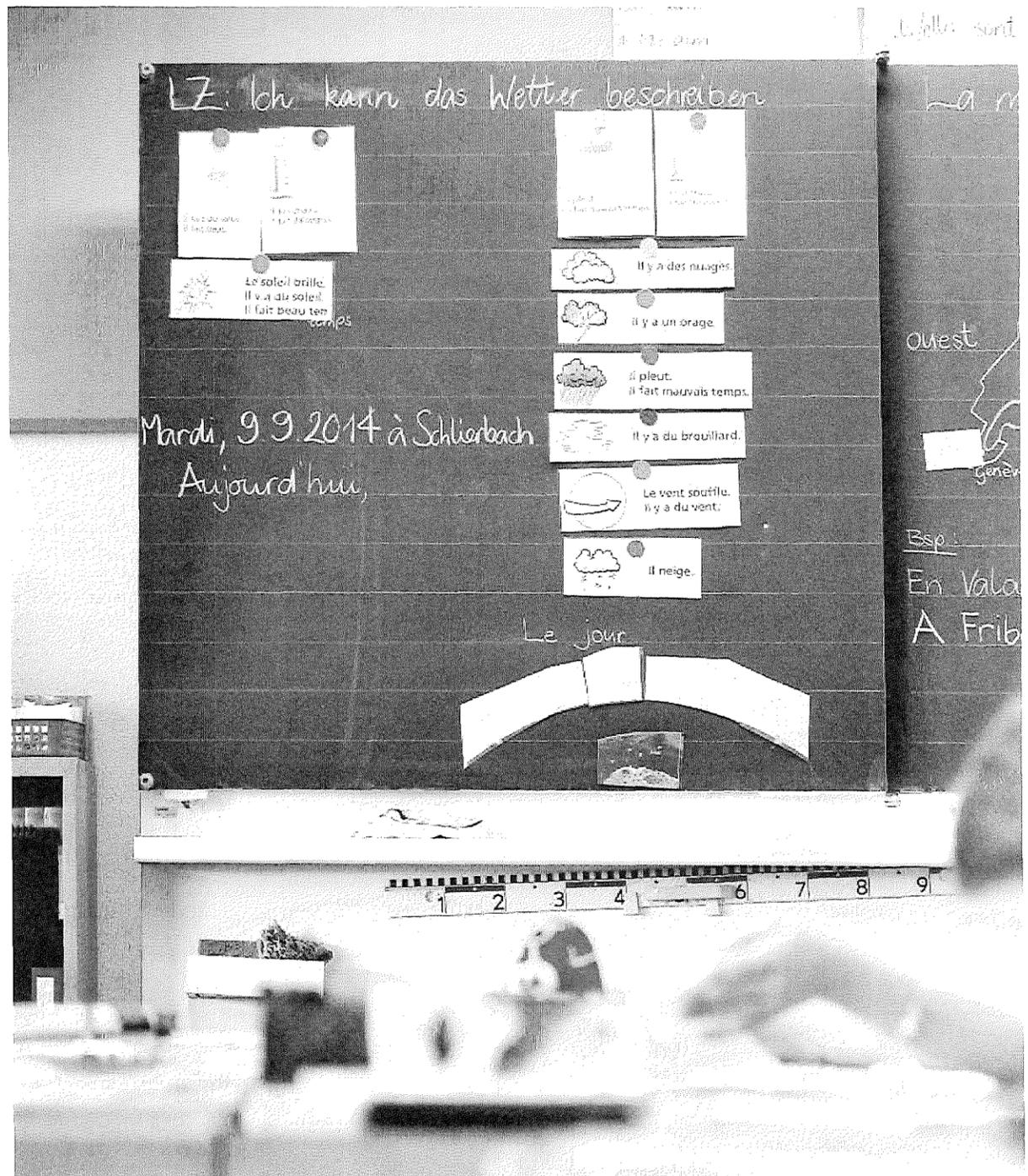
chende dritte Gesetzesvariante würde auf Bundesebene nur festlegen, dass der Französischunterricht bereits in der Primarschule zu beginnen hat.

Linke wollen zwei Fremdsprachen

Noch einen Schritt weiter wollen hier die linken Parteien gehen. Sowohl die SP als auch die Grünen sprechen sich für die Gesetzesvariante zwei aus. Die würde den Sprachenkompromiss zum Bundesgesetz machen. Dieser Kompromiss, auf den sich die kantonalen Erziehungsdirektoren 2004 geeinigt haben, basiert auf dem Modell 3/5. Er sieht vor, dass in der Primarschule zwei Fremdsprachen vermittelt werden, die erste ab der dritten, die zweite ab der fünften Klasse. Eine davon muss eine Landessprache sein. Ebenfalls für eine Bundesintervention sind die BDP und die GLP. Ihnen reicht aber wie den Wirtschaftsverbänden die dritte, weichste Gesetzesvariante aus.

Gegen ein Diktat aus Bern stellen sich die FDP und die SVP. Beide Parteien argumentieren dabei vor allem mit dem Föderalismus. Die FDP verweist etwa darauf, dass die Harmonisierung der Volksschule insgesamt sehr gut vorankomme. Zudem gehe es den Deutschschweizer Kantonen nicht etwa darum, den Französischunterricht abzuschaffen, sondern ihn lediglich zu verschieben. Die SVP stellt sich auf den Standpunkt, dass der Bundesrat gar kein Recht habe, in der Frage einzugreifen. Weder das Sprachengesetz noch die Bundesverfassung, auf die sich Innenminister Berset im Juli mehrfach berufen hatte, lassen eine solche Einflussnahme in den Augen der Partei zu. Und der nationale Zusammenhalt, den Berset immer wieder als Argument anführt, existierte in den Augen der SVP «schon vor jeglichem Fremdsprachenunterricht».

Wenn der Bundesrat Ernst machen will, braucht er dafür die Zustimmung des Parlaments. Weil die FDP und die



Wie viel Fremdsprachenunterricht soll es in der Primarschule geben? Im Bild Französischunterricht für Sechstklässler.

SVP in der Sache nicht geschlossen sind und Westschweizer Nationalräte aus beiden Parteien Sympathien für ein Eingreifen des Bundes zeigen, wird am Ende die CVP das Zünglein an der Waage sein. Und die bleibt in ihrer Vernehmlassungsantwort so vage wie keine andere Partei.

Pochen auf den Föderalismus

Verwunderlich ist das nicht, vielmehr spiegelt sich darin die Vielschichtigkeit

der Partei. Während eine Bildungspolitikerin wie die Zürcherin Kathy Riklin hinter dem Bundesrat steht, kommen die Interventionsabsichten bei den zahlreichen CVP-Standesvertretern schlechter an. Brigitte Häberli-Koller, Ständerätin aus dem Kanton Thurgau, wehrt sich etwa dagegen, dass «man immer mehr zentralisiert. Die Kompetenzen im Schulbereich gehören den Kantonen.» Die Präsidentin der ständerätlichen Bildungskommission fordert in Sachen

Frühfranzösisch ausserdem einen neuen Ansatz. Künftig soll nicht mehr ausschlaggebend sein, auf welcher Stufe der Unterricht beginnt, sondern ob die Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit die geforderten Kompetenzen aufweisen. Auch CVP-Präsident Gerhard Pfister äussert sich entsprechend: «Die Kantone müssen sich auf ein anderes Verständnis einigen. Es braucht gemeinsame Ziele und Tests, die das Erreichen dieser Ziele überprüfen.»

So viel Französisch muss sein!

Frühfranzösisch hin oder her: Wer ein richtiger Eidgenosse sein will, muss sich auch mit unseren Compatriotes in der Westschweiz verständigen können. Mit diesen Sätzen, übersetzt von Daniel Walt, sorgen Sie in der Romandie für Aufsehen.

Die Romands sind einfach bodenständig – ihr seid viel sympathischer als diese arroganten Franzosen.
Les Romands ont gardé les pieds sur terre – vous êtes beaucoup plus sympas que ces Français pleins d'arrogance.

Wunderbar! Am Genfersee ist es fast so schön wie am Vierwaldstättersee.

Magnifique! Le lac Léman est presque aussi beau que le lac de Quatre-Cantons.

Wir verstehen uns auch ohne Frühfranzösisch, nicht wahr?
On se comprend même sans l'apprentissage précoce du français, n'est-ce pas?

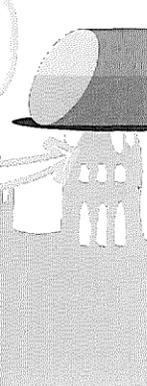
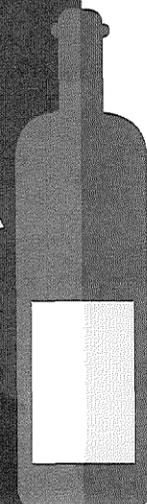
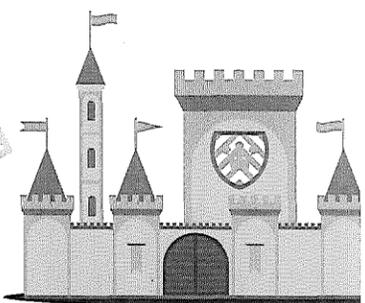
Ein Gläschen Wein, bitte!
Un verre de vin, s'il vous plaît!

Jet d'Eau, Weinberge, Schloss Chillon – es gibt so viel zu sehen bei Ihnen.

Jet d'eau, vignobles, château de Chillon – il y a tant de choses à voir chez vous.

Unglaublich, diese Wurst ist so fettig!

Mais qu'est-ce que ce saucisson est gras! Incroyable!



Die italienische Schweiz bangt um den Italienischunterricht

Bildung An Absichtserklärungen fehlt es nicht. Dank neuen Unterrichtsmaterialien und der Förderung von kulturellen Anlässen will der Bundesrat das Italienisch ausserhalb der italienischen Schweiz fördern. Denn der Status der dritten Landessprache sei gefährdet, schreibt der Bundesrat in seiner aktuellen Kulturbotschaft.

Im Streit um den Fremdsprachenunterricht scheint dies den Bundesrat jedoch wenig zu kümmern. Letztlich dreht sich alles um die Frage, ob der Bund die Deutschschweizer Kantone dazu verpflichten soll, an der Primarschule Französisch zu unterrichten (siehe Text links). Das Forum für das Italienisch in der Schweiz kritisiert dies scharf. Die Vorschläge dienen einzig und allein dazu, das Französisch zu schützen. «Der Bundesrat vergisst die Existenz der dritten Landessprache», schreibt es in der Vernehmlassung zum Sprachengesetz. Wenn diese Frage nur aus der Perspektive der West- und der Deutschschweiz diskutiert werde, drohe man das Aus des Italienischunterrichts an der Volksschule zu besiegeln. Das Forum verlangt deshalb, dass das Gesetz um folgenden Satz ergänzt wird. «Die obligatorische Schule fördert den Unterricht einer dritten Sprache als Wahlfach und garantiert ein entsprechendes Angebot.»

Das Wort des 2012 gegründeten Forums hat Gewicht. Bis jetzt haben sich ihm 36 Organisationen angeschlossen. Präsiert wird es vom Tessiner Erziehungsdirektor Manuele Bertoli (SP). Bekannte Persönlichkeiten wie UBS-Chef Sergio Ermotti, Schönheitskönigin Christa Rigozzi, Langläufer Dario Cologna oder der Zürcher Stadtrat Filippo Leutengger engagieren sich als «Freunde des Forums».

Ein neuer Schub würde dem Italienisch in der Schweiz in der Tat nicht schaden. Im Alltag spielt es ausserhalb der italienischen Schweiz fast keine Rolle. Gemäss aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Statistik spricht bloss jeder zehnte Deutsch- und Westschweizer wenigstens einmal pro Woche Italienisch. Dabei handelt es sich vor allem um Söhne und Töchter von Einwanderern und nicht um Personen, die Italienisch in der Schulstube gelernt haben.

Dass Italienisch an hiesigen Schulen ein Mauerblümchendasein fristet, lässt sich nicht wegdiskutieren. Einzig im dreisprachigen Graubünden ist der Unter-

richt obligatorisch. Immerhin kann Italienisch an der Oberstufe in fast allen Kantonen als Wahlfach besucht werden. Doch die Nachfrage ist gering – was zum Teil auch an den Kantonen liegt. Genf zum Beispiel, kritisiert Diego Erba, Sekretär des Forums für das Italienisch in der Schweiz, bietet das Wahlfach nur an zwei Schuler. und am Mittwochnachmittag an. «Das ist, als ob wir im Tessin Französischunterricht nur am Samstagmorgen durchführen würden.»

Sprache via Skype lernen

Ein Spezialfall ist der Kanton Uri. In der 5. und 6. Klasse ist Italienisch Wahlpflichtfach. Rund ein Viertel aller Fünft- und Sechstklässler haben sich im aktuellen Schuljahr dafür eingeschrieben. Auf der Oberstufe schwindet aber das Interesse. Derzeit belegen lediglich 10 Schüler im Kanton Uri Italienisch als Wahlfach bei einer Lehrerin, wie die Bildungsdirektion auf Anfrage mitteilt. Die Klasse trifft sich nur einmal pro Monat in Altdorf, der Rest des Unterrichts findet im Fernstudium statt, zum Beispiel via Skype.

Unter Druck ist das Italienisch an den Universitäten. «An mehreren Orten droht die Schliessung von Lehrstühlen oder ein Abbau des Angebots», sagt Diego Erba. Auch habe das Forum schon

bei mehreren Kantonen interveniert, um sie darauf hinzuweisen, dass sie an der Volksschule und an den Gymnasien einen genügenden Italienischunterricht garantieren – so, wie es in Gesetzen und Vereinbarungen geregelt wäre.

Vor allem an den Deutschschweizer Gymnasien hapert es. Gemäss dem Maturitäts-Anerkennungsreglement müssen alle Schulen Italienisch als Fach anbieten, das zur Matura zählt. Ein Bericht der Schweizerischen Maturitätskommission (SMK) aus dem Jahr 2013 hat aber gezeigt, dass dies nur in sechs von sieben Schulen der Fall ist. Als Grundlagenfach figuriert Italienisch gar nur in 54 Prozent der Deutschschweizer Schulen auf dem Stundenplan.

Italien ist der dritt wichtigste Handelspartner

Die Schüler stürzen sich nicht aufs Italienisch. Im Jahr 2014 belegten in der Deutsch- und Westschweiz bloss 8500 Gymnasiasten (12 Prozent) Italienisch als Maturafach. Ungünstige Stundenpläne, ein ungenügendes Angebot, die Randstellung in der Volksschule und die ungünstige wirtschaftliche und politische Entwicklung in Italien nennt die SMK in ihrem Bericht als Gründe für die schwache Präsenz des Italienischen an der Schule.

Renato Martinoni ist Professor für italienische Sprache und Literatur an der Universität St. Gallen. Er unterstützt den Vorschlag des Forums für das Italienische in der Schweiz, Italienisch als Wahlfach im Sprachengesetz festzuschreiben. «Wenn die dritte Landessprache gesetzlich nicht abgesichert ist, wird ihr Schicksal besiegelt», sagt er.

Martinoni beobachtet eine paradoxe Situation. Bei den Essgewohnheiten, aber auch der Mode habe der italienische Lebensstil Einzug gehalten – auf die Sprachfähigkeiten färbt dieser Einfluss aber offenbar nicht ab. «Die Schweizer sind ein bisschen Italiener, ohne die Sprache zu beherrschen», sagt er. Der Professor weist darauf hin, dass Italienisch nicht nur eine musikalisch schöne Sprache, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht bedeutend sei. In der Tat ist Italien nach Deutschland und den USA der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz. Solche Aspekte, so Martinoni, gingen in der Sprachendebatte unter.

Kari Kälin

«Wenn die dritte Landessprache gesetzlich nicht abgesichert ist, wird ihr Schicksal besiegelt.»



Renato Martinoni Professor für italienische Sprache und Literatur an der Universität St. Gallen

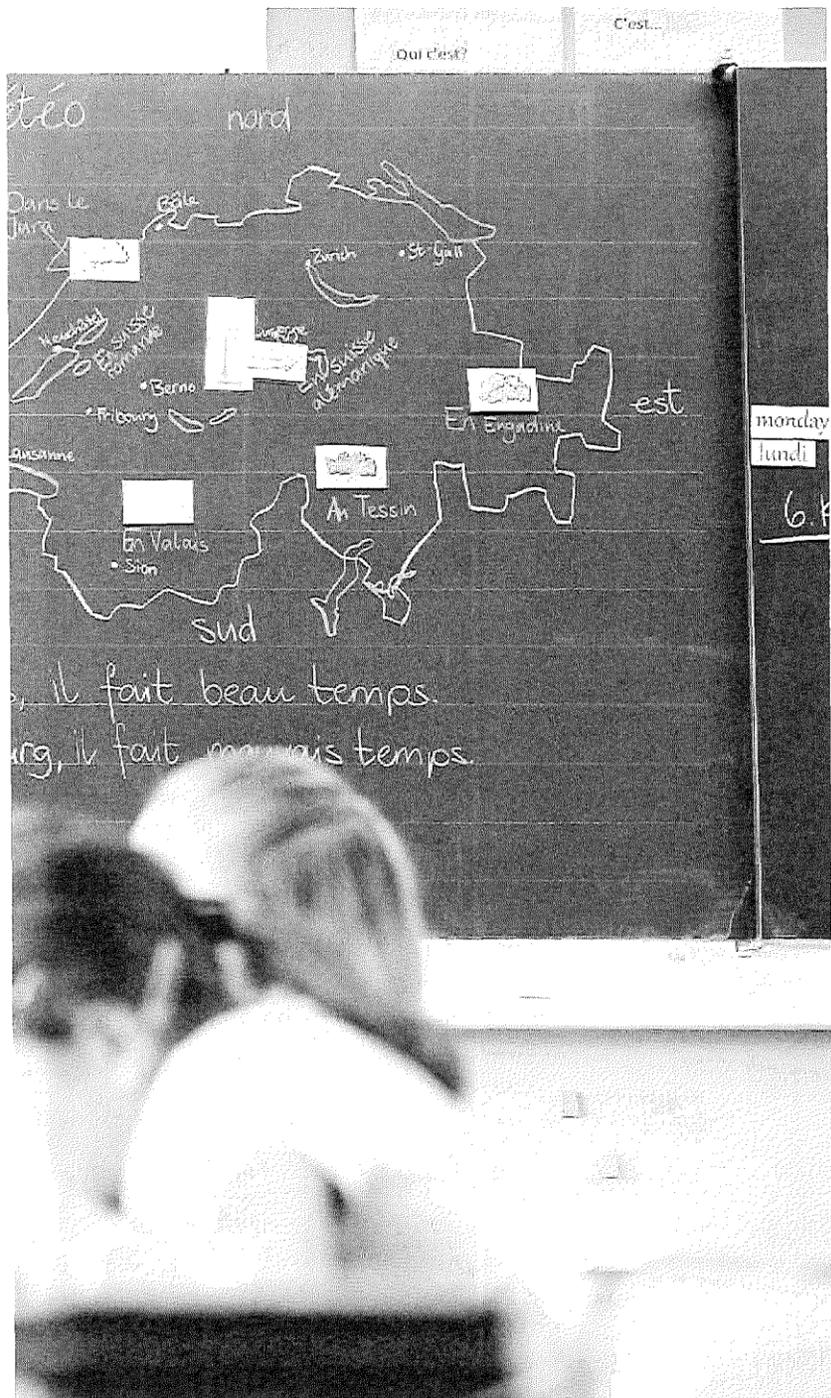


Bild: Pius Amrein (Schlierbach, 9. September 2014)

So widersprüchlich die Antworten auch sind, in einem Punkt halten es die Teilnehmer mit Innenminister Alain Berset und hoffen, dass am Ende kein Eingriff des Bundes notwendig wird. Immer wieder wird an die Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) appelliert, noch einmal über die Bücher zu gehen und eine gemeinsame Lösung zu finden. Man werde in den kommenden Monaten mit dem Bund die Ergebnisse der Vernehmlassung auswerten, heisst es dort.

Und bestimmt wird die EDK auch weiterverfolgen, was im Kanton Thurgau passiert. Spätestens im Frühling sind dann alle Augen dorthin gerichtet. Dann befasst sich der Thurgauer Grosse Rat voraussichtlich ein weiteres Mal mit dem Französischunterricht in der Primarschule. Der Druck wird dann ungleich grösser sein, denn die Thurgauer Kantonsräte entscheiden dann wohl auch darüber, wie es in Sachen Bundesintervention im Sprachenstreit weitergeht.

Ich finde Didier Burkhalter und Alain Berset die besten Bundesräte.
Je trouve que Didier Burkhalter et Alain Berset sont les meilleurs membres du Conseil fédéral que nous avons.

Die Genfer sind sozusagen die Zürcher der Westschweiz, nicht?
Les Genevois sont un peu les Zurichois de la Suisse romande, n'est-ce pas?

Mögen Sie die Musik von Bastian Baker auch?
Vous aimez la musique de Bastian Baker vous aussi?

Auf Wiedersehen, bis zum nächsten Mal!
Au revoir, à la prochaine!

Zum Glück hat der FC Luzern Philipp Studhalter als Präsidenten. Der reitet unseren Club nicht in den Konkurs, wie Bulat Tschagajew es mit Xamax gemacht hat.
Heureusement, le FC Lucerne a Philipp Studhalter comme président. Avec lui le club ne fera pas faillite comme Neuchâtel Xamax l'a fait avec Bulat Tschagajew.

Wann fährt der nächste Zug zurück in die Zentralschweiz?
Quand est-ce que le prochain train part pour la Suisse central?

Und wie steht es eigentlich um Ihre Deutsch-Kenntnisse?
D'ailleurs, qu'en est-il de vos connaissances de l'allemand?

DEUTSCH

FCL FUSSBALL CLUB LUZERN

Grafik: sgt

Kommentar

Taten

statt Worte

Der Sprachenstreit sorgt unter dem Schlagwort «nationaler Zusammenhalt» für epische Debatten. Westschweizer Politiker etwa reagieren gereizt, wenn sich Deutschschweizer Kantone anschicken, das Französisch von der Primar- auf die Oberstufe zu verschieben. Gemäss Umfragen denken drei Viertel der Westschweizer, dass ein Verzicht aufs Frühfranzösisch dem Zusammenhalt schadet. Kulturminister Alain Berset (SP) will deshalb den Kantonen vorschreiben, an der Primarschule eine zweite Landessprache zu unterrichten. Faktisch handelt es sich um einen Frühfranzösischzwang für die Kleinsten, mit denen Berset die beiden grössten Landesteile zusammenkitten will.

Die dritte Landessprache, das Italienisch, geht dabei unter, als ob die nationale Kohäsion eine exklusive Angelegenheit zwischen der Romandie und der Deutschschweiz wäre. Vielleicht hat es der Bundesrat schlicht und einfach vergessen, im Gesetz auch explizit ein ausreichendes Angebot für das Italienisch als Fremdsprache zu verankern. Schliesslich spielt die Sprache Dantes unter der Bundeskuppel nur eine marginale Rolle. Wollen Filippo Lombardi und Co. von ihren Kollegen verstanden werden, wechseln sie auf Deutsch oder Französisch. Das ist schade für ein Land, das seine Vielsprachigkeit als Raison d'Être zelebriert.

Zu Recht wehrt sich das Forum für das Italienische beim Sprachengesetz. Dass dies der Bundesrat nicht tut, irritiert umso mehr, als er in der aktuellen Kulturbotschaft eine Stärkung des Italienischunterrichts propagiert. Ein italienisches Sprichwort bringt diese Haltung auf den Punkt: «Tra il dire e il fare c'è di mezzo il mare.» Frei übersetzt: Zwischen Worten und Taten liegt eine riesige Kluft.

12. 10. 2016
Lombardi